

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Nr. / Sitzung	StA	VA	63. PA	RR
Datum			10.03.2016	
NIEDERSCHRIFT				
Düsseldorf, den 10. Mai 2016				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf
Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr
Ende der Sitzung: 12.15 Uhr
Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschriften über die 62. Sitzung des Planungsausschusses am 02.12.2015**
3. **Netzwerk „Grüne Infrastruktur NRW“ - Idee und Inhalte**
hier: Vortrag von Frau Dipl.-Ing. Christiane Ryma-Fitschen
(ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund)
4. **Regionalplan Düsseldorf (RPD)**
hier: Stand des Verfahrens
5. **87. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Gemeinde Brüggen (Umwandlung ASB-E in BSN - FFH Gebiet im Brachter Wald)**
hier: Erarbeitungsbeschluss
6. **Zielabweichungsverfahren ehem. Javelin Barracks (ehem. RAF-Flugplatz Brüggen) in Niederkrüchten-Elmpt**
hier: Einvernehmen des Regionalrats
7. **Information über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie**
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung
8. **Evaluation Gewerbeflächenpool Kreis Kleve**
9. **Arbeitsprogramm: Metropolregion Rheinland; Zusammenarbeit der Regionalplanung/ Datenatlas der Metropolregion Rheinland**
hier: Berichterstattung und Kenntnisnahme
10. **Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans NRW**
(neu) Einstufung des Flughafens Weeze als regional- bzw. landesbedeutsamer Flughafen
11. **Resolution zum Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes**
(neu) hier: Schreiben der CDU- und FDP-/ FW-Fraktion vom 03.03.2016
12. **Information der Verwaltung**
13. **Verschiedenes**

TOP 1: Formalien

Der Vorsitzende des Planungsausschusses, Herr Hildemann (SPD), begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Christiane Ryma-Fitschen vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund, die unter dem TOP 3 einen Vortrag zum Netzwerk „Grüne Infrastruktur NRW“ halten wird.

Herr Hildemann eröffnet die Sitzung, weist auf die Tischvorlagen und den Antrag auf Erweiterung der Tagesordnung hin und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest.

Die ergänzte Tagesordnung wird festgestellt.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 62. Sitzung des Planungsausschusses am 02.12.2015

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift.

TOP 3: Netzwerk „Grüne Infrastruktur NRW“ - Idee und Inhalte hier: Vortrag von Frau Dipl.-Ing. Christiane Ryma-Fitschen (ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund)

Frau Ryma-Fitschen vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Dortmund stellt das Netzwerk „Grüne Infrastruktur NRW“ vor, welches vor etwa einem halben Jahr mit finanzieller Unterstützung der Stiftung Zukunft NRW gegründet worden ist. In ihrem Vortrag geht sie insbesondere auf die Hintergründe und Zielsetzungen des Netzwerkes ein und stellt den aktuellen Stand der Arbeit dar.

*Die Power Point Präsentation dieses Vortrages ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt und auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv unter Top 3 der Tagesordnung der 63. Planungsausschusssitzung gespeichert.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2016/63PA_TOP3_Vortrag.pdf

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und stellt den Vortrag zur Diskussion.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Hoffmann (Landwirtschaftskammer NRW) zur Abgrenzung der Begrifflichkeiten Grüne Infrastruktur / Freiraum antwortet Frau Ryma-Fitschen, der Begriff „Grüne Infrastruktur“ sei noch nicht im Planungsrecht festgeschrieben, auf europäischer Ebene gebe es ihn jedoch bereits. An den vorherrschenden planerischen Begrifflichkeiten wie z. B. „Freiraum“ werde sich aber in naher Zukunft nichts ändern. Beide Begriffe stünden nebeneinander, insofern gebe hier eine Zweigleisigkeit.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) möchte wissen, in welchen Projekten „Grüne Infrastruktur“ umgesetzt werde und erkundigt sich nach Ansätzen, Erfahrungswerten und Beispielen laufender Projekte. Man müsse auf Ebene der Regionalplanung darüber nachdenken, wie die Gedanken des Netzwerkes stärker umgesetzt werden könnten. Frau Ryma-Fitschen erwidert, die „Grüne Infrastruktur“ werde in Bebauungsplänen immer mehr eine Rolle spielen, es gehe darum, unterschiedliche Freiräume miteinander zu verbinden im Sinne von Netzwerken. Sie verweist auf das neue EFRE-Programm des Umweltministeriums, in welchem auch die „Grüne Infrastruktur“ als Fördermöglichkeit ausgewiesen werde. Die Kommunen seien in der kommenden Förderperiode angesprochen entsprechende Projekte zu diesem Thema umzusetzen.

Herr Müller (CDU) erkundigt sich nach der Zusammenarbeit mit den kommunalen Garten- und Forstämtern. Dieser Ansatz wird von Frau Ryma-Fitschen bestätigt. Sie verweist auf die Gartenamtsleiterkonferenz, in deren Rahmen auf das Netzwerk aufmerksam gemacht werde. Herrn Laakmann (FDP/FW) bittet um direkte und zielgerichtete Informationen für die Kommunen des Planungsgebietes.

Herrn Thiel (SPD) spricht die unterschiedlichen Interessen der Raum- und Freiflächennutzung an. Frau Ryma-Fitschen erklärt dazu, dass die grüne Infrastruktur derzeit aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Sachen Flüchtlingen und der damit verbundenen Diskussion um Wohnraumbedarf etwas in den Hintergrund rücke. Sie sehe aber die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und hoffe auf das Interesse der Kommunen, die sich gerne dem Netzwerk anschließen könnten.

Der Planungsausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

TOP 4: Regionalplan Düsseldorf (RPD)
hier: Stand des Verfahrens

Herr Abteilungsleiter Olbrich berichtet über den Stand des Verfahrens zur Erarbeitung des Regionalplans Düsseldorf (RPD).

*Der Sprechzettel ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt. Die Sprachaufzeichnung finden Sie auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv der Tagesordnung der 63. Planungsausschusssitzung.*

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/index.html

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen.

Der Planungsausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

TOP 5: 87. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Gemeinde Brüggen (Umwandlung ASB-E in BSN - FFH Gebiet im Brachter Wald)
hier: Erarbeitungsbeschluss

Herr Müller (CDU) führt aus, nach intensiver Diskussion in der heutigen Fraktionsvorbesprechung sehe sich seine Fraktion nicht in der Lage, einen abschließenden Beschluss zu fassen. Er schlägt vor, den TOP in den nächsten Sitzungsblock zu verschieben.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) spricht sich im Namen ihrer Fraktion gegen den Vertagungsvorschlag aus. Der in der Sitzungsvorlage 5/ 63 PA bzw. 5/ 64 RR vom 03.02.2016 formulierte Beschlussvorschlag der Verwaltung sei stimmig. Eine weitere Wortmeldung erfolgt von Herrn Thiel (SPD), der ebenfalls erklärt, aus Sicht seiner Fraktion wäre die Vorlage heute schon zustimmungsfähig gewesen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Vertagungsantrag der CDU- und FDP/FW-Fraktion wurde mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen angenommen.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussfassung an den Regionalrat verwiesen.

TOP 6: Zielabweichungsverfahren ehem. Javelin Barracks (ehem. RAF-Flugplatz Brüggen) in Niederkrüchten-Elmpt
hier: Einvernehmen des Regionalrats

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes durch den Vorsitzenden bittet Herr Abteilungsleiter Olbrich (Verwaltung) um das Wort.

Er erklärt, dieser TOP müsse in den nächsten Sitzungsblock verschoben werden.

Im Rahmen des Zielabweichungsverfahrens seien verschiedene Fragestellungen zu Tage getreten, welche gemeinsam mit der Gemeinde Niederkrüchten beantwortet werden müssten. Die Bezirksregierung sei derzeit in einer engen Abstimmung mit der Gemeinde zur Klärung der Sachfragen, das Ziel sei eine einvernehmliche Lösung.

Der Planungsausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis und verschiebt einstimmig die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt auf das II. Sitzungsquartal.

TOP 7: Information über den Stand der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 7/63 PA bzw. 7/ 64 RR vom 03.02.2016.

Auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläutert Herr Klingel (Verwaltung) die Sitzungsvorlage.

Die Sprachaufzeichnung finden Sie auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv der 63. Planungsausschusssitzung:

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/index.html

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) erkundigt sich nach regionalen Unterschieden im Vergleich mit anderen Regierungsbezirken. Er möchte wissen, welche konkreten Verbesserungsmöglichkeiten existieren und ob es einen Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Städte und Kommunen gebe.

Herr Klingel (Verwaltung) führt aus, der Regierungsbezirk Düsseldorf liege gut im Schnitt. Wichtig sei der Grunderwerb an Gewässern um diese umzugestalten. Erklärtes Ziel des Umweltministeriums sei deshalb ein Vorkaufsrecht des Landes bei Grundstücksverkäufen an Gewässern. Den Kommunen würden Zuschüsse bis zu 80% gewährt. Die Kommunen, die sich in der Haushaltssicherung befänden, erhielten 10% mehr, also bis zu 90% der jeweiligen Maßnahme. Er sehe das Problem also hauptsächlich im Grunderwerb.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) hinterfragt die landwirtschaftliche Düngeraufbringung hinsichtlich der hohen Nitratwerte. Herr Klingel (Verwaltung) erklärt, hierzu sei ein großangelegtes Beratungskonzept der Landwirtschaftskammern aufgelegt worden. Dies beschäftige sich mit der Gülleaufbringung, aber auch mit Fruchtfolgen und sei im letzten Jahr um die Einbeziehung der Oberflächengewässer ergänzt worden. Als Beispiel spricht er den 5 m – Gewässerrandstreifen an, der nicht immer hinreichend Beachtung finde. In den nächsten Jahren soll dieses Konzept weiter intensiviert werden.

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

TOP 8: Evaluation Gewerbeflächenpool Kreis Kleve

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 8/63 PA bzw. 9/ 64 RR vom 11.02.2016.

Herr Jessner (SPD) erinnert an das ursprünglich formulierte Ziel für den Gewerbeflächenpool des Kreises Kleve. Es sollten Planungsleichen verfügbar gemacht werden, auch wenn sie nicht aus der gleichen Gemeinde stammen, um dann die Neuausweisung von Flächen zu reduzieren. Laut Bericht der Verwaltung sei dieses Modellprojekt schleppend gelaufen, wohl auch, weil die Verfahren aus Sicht der Interessenten viel zu lange andauerten. Er betont, bei einer Fortführung sei es erforderlich, an den Ursachen zu arbeiten und Instrumente zu schaffen, die die Verfahren beschleunigen. Er bittet die Verwaltung um jährliche Berichterstattung zum Gewerbeflächenpool, denn so könne man rechtzeitig nachsteuern.

Frau Blinde (Verwaltung) erklärt, in der Vergangenheit sei jeweils kurz berichtet worden, da wenig passiert sei. Die Anregung, die Angebotsplanung deutlich zu vereinfachen, sei in der Evaluation ausgearbeitet worden. Der Pool sehe dies auch vor. Hier solle mehr Spielraum geboten werden. In den Arbeitskreissitzungen sei dies auch Thema gewesen, es sei aber auch Konsens, dass man an dem Projekt festhalten wolle.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) sagt, seine Fraktion betrachte die Einrichtung des Gewerbeflächenpools weiterhin skeptisch und sei durch den Evaluationsbericht darin bestätigt worden.

Das Landesbüro der Naturschutzverbände habe dazu u.a. geäußert, dass der Bericht zeige, der Gewerbeflächenpool des Kreises Kleve leiste keinerlei Beitrag zum Flächensparen. Auch die vorgeschlagenen Modifikationen, die Regularien zum Auffüllen und der Vorschlag zur Darstellung von interkommunalen GIB würden strikt abgelehnt. Seine Fraktion könne sich dieser Einschätzung anschließen. Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet darum, die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages getrennt abstimmen zu lassen und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion lediglich zu Punkt 1.

Herr Papen (CDU) weist auf die Ausführungen in der Stellungnahme der Naturschutzverbände vom 01.02.2016 hinsichtlich der Aufnahme des Depots Straelen-Herongen in das Nationale Naturerbe hin. Er kündigt in diesem Zusammenhang an, seine Fraktion werde den Regionalratsvorsitzenden in der nächsten Sitzung bitten, diesbezüglich eine erneute Anfrage an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zu stellen. Er bittet diese Mitteilung an den Vorsitzenden des Regionalrates, Herrn Petrauschke, weiterzuleiten, damit die Tagesordnung entsprechend ergänzt werden könne. Er signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Beschlussvorschlag, einschließlich des Vorschlags einer jährlichen Berichterstattung.

Herr Laakmann (FDP/FW) schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Seine Fraktion sehe den Gewerbeflächenpool als Erfolg und möchte ihn weiter unterstützen, auch wenn nicht alle Planungen ausreichend umgesetzt werden konnten. Die Stellungnahmen der Kommunen zeigten, dass der Möglichkeit einer Weiterführung Raum gegeben werden sollte.

Herr Jessner (SPD) stellt klar, der Gewerbeflächenpool sei kein Instrument zum Flächensparen, sondern er solle Flächen mobilisieren, die bislang aus verschiedenen Gründen nicht in Anspruch genommen werden konnten. Damit solle die Neuausweisung von Flächen reduziert werden.

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen und lässt über die einzelnen Punkte zur Beschlussfassung getrennt abstimmen. Zuvor wurde die Beschlussfassung um den **Punkt 4**, „**Der Regionalrat bittet die Verwaltung um jährliche Berichterstattung.**“ ergänzt.

Der Planungsausschuss fasst in seiner Sitzung am 10.03.2016 nachfolgende Beschlüsse zur Sitzungsvorlage 8/63 PA vom 11.02.2016:

zu Punkt 1.: einstimmig

1. Der Regionalrat nimmt den Evaluationsbericht und das Votum der Regionalplanungsbehörde sowie die vorliegenden Stellungnahmen der Projektbeteiligten zur Kenntnis.

**zu Punkt 2 bis 4.: mehrheitlich bei zwei Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen**

2. Der Regionalrat beschließt die Fortführung des Modellprojektes. Er beauftragt die Regionalplanungsbehörde, die im Ziel der Raumordnung vorgesehene Befristung um weitere 5 Jahre zu verlängern und dann eine erneute Evaluierung durchzuführen.
3. Der Regionalrat beauftragt die Regionalplanungsbehörde, die im Evaluationsbericht vorgeschlagenen Modifizierungen zeitnah im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes oder ggf. einer Regionalplanänderung dem Regionalrat zum Beschluss vorzulegen.
4. Der Regionalrat bittet die Verwaltung um jährliche Berichterstattung.

**TOP 9: Arbeitsprogramm: Metropolregion Rheinland; Zusammenarbeit der
Regionalplanung/ Datenatlas der Metropolregion Rheinland**
hier: Berichterstattung und Kenntnisnahme

Gegenstand der Beratungen war die Vorlage 9/63 PA vom 16.02.2016 sowie der Datenatlas.

Herr van Gemmeren erläutert die Sitzungsvorlage und den Datenatlas, der in Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung Köln erstellt worden sei. Dabei geht er insbesondere auf das Arbeitsprogramm ein. Die Akteure der Region würden sich derzeit in einem intensiven Abstimmungsprozess zur Formatierung der Metropolregion befinden, welcher von der Bezirksregierung moderierend begleitet werde. Aber auch als Regionalplanungsbehörde werde der Prozess begleitet, da sich die interkommunalen Ideen im Gegenstromprinzip auch in der Regionalplanung wiederfinden müssten.

Die Sprachaufzeichnung finden Sie auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv der 63. Planungsausschusssitzung:

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/index.html

Der Vorsitzende dankt für die Ausführungen.

Herr Brandts (CDU) dankt für den aus seiner Sicht gelungenen Datenatlas, kritisiert jedoch die Einbeziehung der Stadt Duisburg und des Kreises Wesel, die als Mitglieder des RVR der Metropole Ruhr zuzurechnen seien und daher nicht zugleich der Metropolregion Rheinland angehören könnten. Er bittet um entsprechende Korrektur, da die ausgewiesenen Zahlen zum Rheinland so nicht stimmig seien.

Herr Papen (CDU) lobt die Darstellungen des Arbeitsprogramms und des Datenatlases. Der Kreis Wesel und die Stadt Duisburg müssten sich aber entscheiden, ob sie sich eher dem Ruhrgebiet oder dem Rheinland zugehörig fühlten.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, es sei nicht leicht, sich als Region zu definieren, da es sowohl wirtschaftsstrukturelle als auch geografische Überlappungen gebe. Er knüpft an die Diskussion seiner Fraktion an und sagt, es gebe in den Kommunalparlamenten Verunsicherungen hinsichtlich der Konstituierung, Bedeutung und Aufgaben der Metropolregion. Hierbei sei mehr Transparenz gewünscht und auch eine Einbeziehung der politischen Gremien. Es solle sich nicht nur um eine Veranstaltung der Behörden, an der IHK-Vertreter beteiligt seien, handeln.

Herr Wurm (SPD) dankt der Verwaltung für die Aufbereitung der Informationen zur Metropolregion Rheinland. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass es sich bei der Metropolregion um einen freiwilligen Zusammenschluss der Kommunen und Gemeinden handele. Dieser Wirtschaftsraum zeichne sich durch Grenzüberschreitung aus, deshalb sei es richtig, auch u.a. Duisburg nicht auszugrenzen. Er hinterfragt, für wen dieses Arbeitsprogramm bestimmt sei, ob es zu den Akteuren gebracht werde und ob es einen Abstimmungsprozess gebe.

Frau Regierungspräsidentin Lütkes erläutert, es handele sich zunächst um ein Arbeitsprogramm für die Planungsbehörden, die nicht nur beobachtend eingebunden seien. Es sei von hoher Bedeutung mit der Bezirksregierung Köln zusammenzuarbeiten und auch die Regionalräte als Träger der Regionalplanung einzubinden. Der Entwicklungs-, Formatierungs- und Gründungsprozess der Metropolregion Rheinland sei aber keine regionalplanerische Offensive, sondern vielmehr ein Entwicklungsprozess der Kommunen, der für den bislang vergangenen Zeitraum von einem Jahr schon recht weit vorangeschritten sei. Der Satzungsentwurf sei nahezu fertiggestellt, zum Zwecke der demokratischen Legitimation müssten die zuständigen Gremien der Kreise und kreisfreien Städte und der Kammern über die Satzung

beschließen können. Hinsichtlich der Definition des Gebietes sei zu bedenken, dass es um zwei Planungsregionen, aber einen zusammenhängenden Wirtschaftsraum gehe, der Schnittstellen zum gesamten Ruhrgebiet aufweise. Frau Regierungspräsidentin Lütkes sagt, sie werde in der kommenden Woche in der Regionalratssitzung nähere Erläuterungen geben. Die Diskussion um die Teilnahme der Stadt Duisburg und des Kreises Wesel sei noch nicht abgeschlossen, es gehe auch darum, wie mögliche Interessenkonflikte gelöst werden könnten, beispielsweise durch eine Gaststatus oder eine Mitgliedschaft mit Befangenheitsklausel.

Herr Laakmann (FDP/FW) sagt, seine Fraktion befürworte den Formatierungsprozess der Metropolregion Rheinland, gerade auch unter Einbeziehung unterschiedlicher Planungsräume.

Herr Thiel (SPD) weist auf in der Vergangenheit geführte Diskussionen im Bereich des RVR hin, in denen sich das Ruhrgebiet als eigene Metropolregion ohne das Rheinland verstanden habe, um internationale Chancen im Standortwettbewerb zu nutzen. Im LEP NRW würden die Metropolregionen Ruhr und Rheinland - ohne räumliche Darstellung – definiert, und Wesel und Duisburg, die räumlich auch dem Rheinland zuzurechnen seien, müssten sich nun strukturellen Fragen stellen. Im Laufe des Formatierungsprozesses seien noch viele Probleme zu lösen, entscheidend werde sein, ob die Hauptakteure zusammen finden würden.

Weitere Wortmeldungen erfolgen von Herrn Papen (CDU), Herrn Brandts (CDU) und Herrn Wurm (SPD). Letzterer regt an im Ältestenrat zu überlegen, ob der Regionalrat den Formatierungsprozess etwa durch Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe intern begleiten möchte.

Der Planungsausschuss nimmt das Arbeitsprogramm zur Metropolregion Rheinland und zur Zusammenarbeit der Regionalplanung sowie den Datenatlas zur Kenntnis.

TOP 10: Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans NRW
(neu) Einstufung des Flughafens Weeze als regional- bzw. landesbedeutsamer Flughafen

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser und der nächste am Anfang der Sitzung ergänzte Tagesordnungspunkt im Ausschuss lediglich diskutiert und ohne Beschlussfassung an den Regionalrat verwiesen werden sollen.

Herr Papen (CDU) erläutert das als Tischvorlage vorliegende Schreiben der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 29.02.2016. Die Einstufung des Flughafens Weeze als landesbedeutsam sei eine optimale Ergänzung der beiden Großflughäfen Düsseldorf und Köln, gerade mit Blick auf dortige Kapazitätsengpässe.

Herr Thiel (SPD) erinnert daran, dass der Regionalrat bereits eine Stellungnahme zum ersten LEP-Entwurf abgegeben habe. Deshalb sei dieses Thema durch eigene Beschlussfassung erledigt.

Herr Jessner (SPD) merkt an, der Erfolg eines Flughafens sei entscheidend. Insoweit halte er Kategorisierungen in regional- und landesbedeutsam in der Landesplanung für verfehlt. Er lehne es auch ab, wenn sich regionalbedeutsame Flughäfen in ihrer Entwicklung künftig an landesbedeutsamen Flughäfen orientieren müssten.

Herr Laakmann (FDP/FW) ergänzt die Ausführungen von Herrn Papen. Es sei dringend erforderlich, als Regionalrat nochmals ausdrücklich für eine Einstufung des Flughafens Weeze als landesbedeutsam einzutreten, auch wenn eine Stellungnahme zum LEP bereits erfolgt sei.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt, seine Fraktion halte eine erneute Stellungnahme für nicht sachgerecht. Da der Antrag kurzfristig als Tischvorlage eingebracht worden sei, möchte sich seine Fraktion mit dieser Thematik nochmals auseinandersetzen.

Herr Papen (CDU) weist darauf hin, der Bezug auf das Luftfahrverkehrskonzept der Landesregierung im LEP-Entwurf sei abwegig, da es zum Zeitpunkt des Inkrafttretens den Flughafen Weeze so noch nicht gegeben habe.

Auf die Nachfrage von Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) verweist Frau Regierungspräsidentin Lütkes auf die Ausführungen zum Thema Flughäfen in der Stellungnahme der Bezirksregierung Düsseldorf zu LEP-Entwurf und erklärt, die Auffassung ihrer Behörde hierzu habe sich nicht geändert.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussfassung an den Regionalrat verwiesen.

TOP 11: Resolution zum Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes

Herr Papen (CDU) erläutert das als Tischvorlage vorliegende Schreiben der CDU- und FDP/FW-Fraktion vom 03.03.2016. Seine Fraktion halte die Inhalte des geplanten Landesnaturschutzgesetzes für gravierend und bittet die Resolution schnellstmöglich einzubringen.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) kritisiert die Kurzfristigkeit des eingebrachten Antrags. Er bittet die Bezirksregierung eine Zusammenstellung der notwendigen Gesetzesvorhaben zur Verfügung zu stellen, damit sich seine Fraktion damit auseinandersetzen könne.

Auf die Bitte von Herrn Bechstein (SPD) um nähere Erläuterungen sagt Frau Regierungspräsidentin Lütkes, es handele sich um einen Gesetzesentwurf der Landesregierung. Sie bitte um Verständnis, dass die Bezirksregierung diesen nicht kurzfristig kommentieren und erläutern werde. Die verschiedenen Stellungnahmen, etwa die der kommunalen Spitzenverbänden und des Kreises Wesel, könnten summarisch zusammengestellt und zur Verfügung gestellt werden. Es könne auch versucht werden, einen Vertreter des Umweltministeriums zu bitten, dem Regionalrat entsprechende Auskunft zum Gesetzesentwurf zu geben.

Hinweis der Redaktion: Entsprechende Informationen sind den Fraktionen von der Geschäftsstelle mit E-Mail vom 14.03.2016 gebündelt zur Verfügung gestellt worden.

Herr Laakmann (FDP/FW) betont, es sei legitim, die gemeinsame Resolution als politische Willensbildung zu artikulieren. Um sich noch rechtzeitig in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, müsse der Regionalrat in der kommenden Woche Stellung beziehen.

Herr Wurm (SPD) hält fest, es sei schwierig, sich einer kurzfristig eingebrachten Resolution anzuschließen und diese mit Mehrheit zu verabschieden. Der Regionalrat werde auch nicht aufgefordert eine eigene Stellungnahme abzugeben. Seine Fraktion werde dies bis zur Regionalratssitzung überdenken.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussfassung an den Regionalrat verwiesen.

TOP 12: Information der Verwaltung

Herr Abteilungsleiter Olbrich berichtet über das Erdgasfernleitungssystem Zeelink.

*Der Sprechzettel ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt. Die Sprachaufzeichnung finden Sie auf den Internetseiten der Bezirksregierung Düsseldorf im Sitzungsarchiv der 63. Planungsausschusssitzung: http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2016/index.html*

TOP 11: Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Vorsitzende Herr Hildemann beendet die Sitzung um 12.15 Uhr.

Hildemann
(Vorsitzender des
Planungsausschusses)

Papen
(Stellv. Vorsitzender
des Planungsausschusses)

Sablofski
(Schriftführerin – Geschäftsstelle
des Regionalrates)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf
Anwesenheitsliste - **Planungsausschusssitzung am 10.03.2016**

Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger und Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion	
Name	anwesend
Aach, Michael	
Amfaldern, Nanette	√
Brandts, Reiner	√
Brügge, Dirk (GF)	
Dr. Fils, Alexander	
Gluch, Waldemar	
Humpert, Karl Heinz	
Läckes, Manfred	
Mertins, Patric	√
Müller, Michael	√
Nordmann, Johannes	
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	
Post, Norbert	√
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Vielhaus, Ewald	
Welter, Thomas	√

SPD-Fraktion	
Name	anwesend
Bechstein, Klaus (GF)	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornborstel, Rolf	
Jessner, Udo	√
Reese, Klaus Jürgen	√
Reuter, Klaus	
Rohde, Roland	
Sinowenka, Friederike	
Thiel, Rainer	√
Welp, Axel C.	
Wurm, Günter	√

FDP/FW-Fraktion	
Name	anwesend
Gerhard, Frank	
Gulan, Boris	
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Laakmann, Otto	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn (GF)	

Bündnis 90/ Die Grünen	
Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	
Böttcher, Manfred	
Krause, Manfred	√
Patalla, Sandra	
Sickelmann, Ute	√
Soll, Stephan	
Tietz, Uwe (GF)	

Linkspartei	
Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

Parteilos	
Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffmann, Christian	Arbeitgebervertretung	√
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	√
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Stefan	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	√
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	√
Wuppertal	OB/Vertr.	√
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	√

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Frau Regierungspräsidentin Lütkes	
Herr Abteilungsdirektor Olbrich	Abteilung 3
Herr Leitender Regierungsgewerbedirektor Dr. Wolter	Dezernat 53
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Herr Regierungsbeschäftigter Klingel	Dezernat 54
Herr Regierungsbaudirektor van Gemmeren	Dezernat 32
Herr Regierungsbaudirektor von Seht	Dezernat 32
Frau Regierungsbaudirektorin Gruß	Dezernat 32
Frau Oberregierungsbaurätin Binde	Dezernat 32
Frau Regierungsbaurätin Kaboth	Dezernat 32
Frau Regierungsbeschäftigte Weinert	Dezernat 32
Herr Oberregierungsrat Kießling	Dezernat 32
Herr Regierungsbeschäftigter Falkner	Dezernat 32
Frau Regierungsbeschäftigte Fels	Dezernat 32
Frau Regierungsamtfrau Sablofski	Dezernat 32

Netzwerk „Grüne Infrastruktur NRW“



10. März 2016 | Sitzung des Planungsausschusses des Regionalrates Düsseldorf | Düsseldorf

Dr. Mario Reimer
Christine Ryma-Fitschen

Gliederung

1. Hintergrund
2. Gesellschaftliche Relevanz von grüner Infrastruktur
3. Zielsetzung und Aufgaben des Netzwerkes
4. aktueller Stand und Ausblick

1 Hintergrund

Mit Freiraum Stadt machen ...

- Bedeutungszuwachs von grüner Infrastruktur im Rahmen der Stadtentwicklung von
Restflächen („Verkrautung der Stadt“) zu *Entwicklungspotenzialen, Leipzig-Charta*
- beobachtbarer Trend urban-ländlicher Lebensstilorientierungen
Auflösung der Gegenwelten „Stadt“ und „Landschaft“, Gleichzeitigkeit als Qualität
- zwei wesentliche Kontexte für die Gestaltung von urbaner grüner Infrastruktur
„nachhaltiges Wachstum“ und/oder „Schrumpfen als Chance“



1 Hintergrund

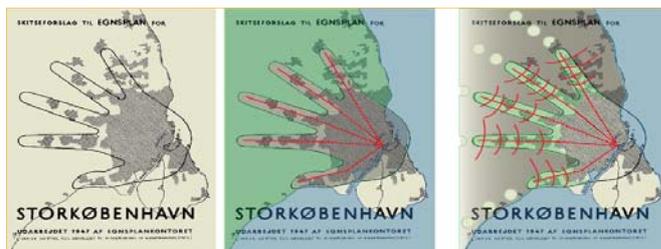
Grüne Infrastruktur in der strategischen Konzeption



a) Freiraumkonzept Ruhrgebiet, Emscher LandschaftsPark



b) Masterplan Kulturlandschaft Köln/Bonn



c) Fingerplan Kopenhagen



d) Raggi Verdi, Green Vision Milano 2015

2 Gesellschaftliche Relevanz von grüner Infrastruktur

Dimensionen von grüner Infrastruktur



eigene Darstellung in Anlehnung an Scholz 2014

Grüne Infrastruktur als

- „strategically planned and delivered **network** comprising the broadest range of high quality green spaces and other environmental features“

(Natural England 2009, Green Infrastructure Guidance)

- “a strategically planned network of high quality natural and semi-natural areas with other environmental features, which is designed and managed to deliver a wide range of **ecosystem services** and protect biodiversity in both **rural and urban settings**“

(European

Commission, 2013)

5

3 Idee, Zielsetzung und Aufgaben des Netzwerkes

Projektidee

- Begrifflichkeit „Grüne Infrastruktur“ erfährt einen großen Bedeutungszuwachs
z.B. Strategiepapier „Grüne Infrastruktur“ der EU oder „Bundeskonzept Grüne Infrastruktur“
- Relevanz auch für die zukünftige Förderpolitik auf NRW-Ebene
z.B. „GrüneInfrastruktur.NRW - Ökologische Revitalisierung von Quartieren, Städten und Stadtumlandgemeinden“
- Informations- und Wahrnehmungsdefizit auf kommunaler Ebene in NRW
z.B. zum Mehrwert des Begriffes, zur praktischen Umsetzung, zu Fördermöglichkeiten etc.
- Implementation einer NRW-weiten Austauschplattform
z.B. für Erfahrungsaustausch und Vernetzung von Akteuren

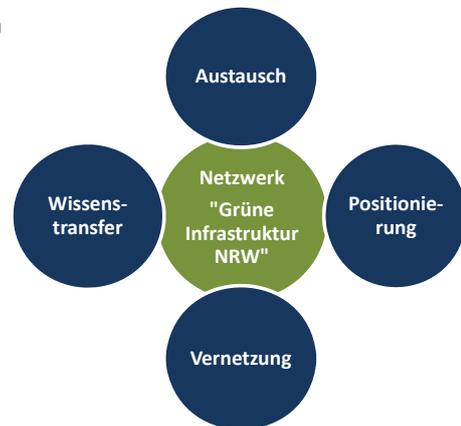


6

3 Idee, Zielsetzung und Aufgaben des Netzwerkes

Aufgaben

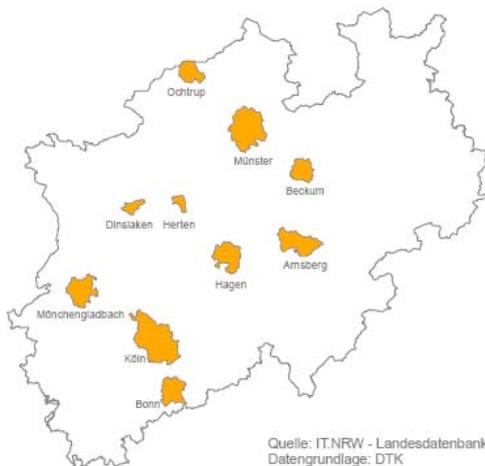
- Interkommunaler Austausch zwischen Städten und Gemeinden
mit und ohne Erfahrungen bei der Planung, Gestaltung und Inwertsetzung von grüner Infrastruktur
- Wissenstransfer aus der Wissenschaft und Forschung in die kommunale Praxis und vice versa
z. B. Erfahrungsberichte reflektieren, Veranstaltungen durchführen
- Ausgangspunkt für nationale und internationale Projektverbünde
neue Kontakte und mögliche Fördermaßnahmen
- Umgang mit grüner Infrastruktur bündeln und kommunizieren
z.B. durch Praxisberichte und/ oder Positionspapiere



7

4 aktueller Stand und Ausblick

Praxispartner



Gemeinde	Fläche in ha	Einwohner*	Prognose**
Stadt Arnsberg	19371,90	73436	↔
Stadt Beckum	11146,64	36135	↔
Stadt Bonn	14106,32	313958	↔
Stadt Dinslaken	4785,77	67065	↔
Stadt Hagen	16044,88	186716	↔
Stadt Herten	3732,96	60710	↔
Stadt Köln	40601,5	1046680	↔
Stadt Mönchengladbach	17048,92	256853	↔
Stadt Münster	30328,47	302178	↔
Stadt Ochtrup	10582,63	19209	↔

* Stand: 31.12.2014

**Tendenz Bevölkerungsentwicklung 2014 - 2025

8

4 aktueller Stand und Ausblick

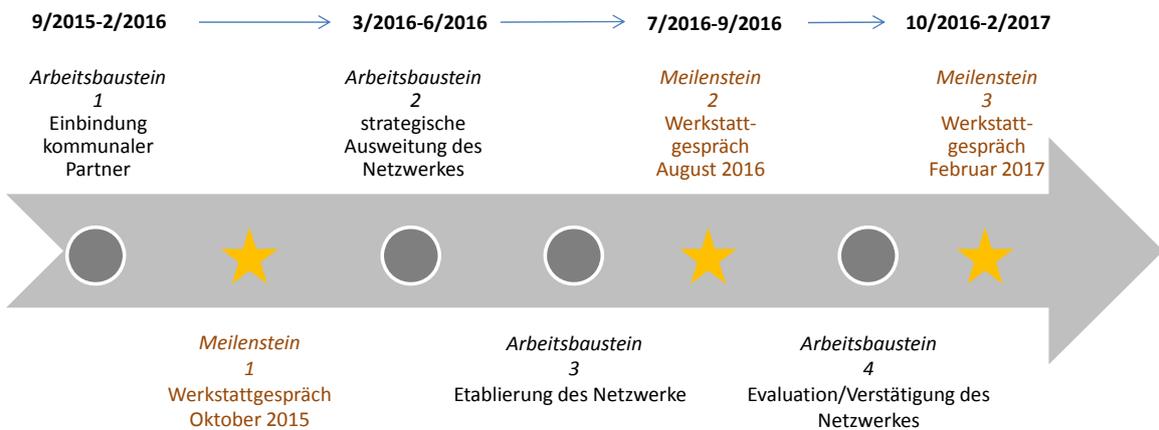
Praxispartner

Wir laden kommunale Praxispartner und Projekte aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf ein, sich unserem Netzwerk anzuschließen, die

- Interesse an der Umsetzung von Grüner Infrastruktur haben
- Grüne Infrastruktur schon in laufenden Projekten mitgedacht und implementiert haben
- Interkommunalen und interdisziplinären Austausch zu diesem Thema schätzen und voranbringen wollen
- kommunale und/ oder wissenschaftliche Partner für nationale und/ oder europäische Projekte zum Thema Grüne Infrastruktur suchen

4 aktueller Stand und Ausblick

Arbeitsbausteine und Meilensteine



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Mario Reimer

mario.reimer@ils-forschung.de

Christine Ryma-Fitschen

christine.rymsa-fitschen@ils-forschung.de

11

Abbildungsverzeichnis



- Titelfolie: Beispiele für grüne Infrastruktur aus dem Projekt VALUE+, ILS
- Folie 4: a) lohrberg stadtlandschaftsarchitektur, www.lohrberg.de, b) Region Köln/Bonn e.V., c) www.gardenvisit.com, GardenVisit, d) KLA, kiplandschaftsarchitekten
- Folie 5: a) Alper Bugra Öksuz, wikimedia, b) Coenen, wikimedia, c) M. Sondermann, d) M. Sondermann, e) Grün Stadt Zürich, wikimedia, f) Innovation City Management GmbH

12

Sprechzettel zum TOP 4 / 63. PA-Sitzung am 10.03.2016

Regionalplan Düsseldorf (RPD)

hier: Stand des Verfahrens

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte Ihnen auch in diesem Sitzungsblock kurz über den Stand der Erarbeitung des Regionalplans Düsseldorf (RPD) berichten.

Mit der Einladung zu dieser Sitzung haben Sie die Information erhalten, dass nun sukzessive die eingegangenen Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren in tabellarischer Form zur Einsicht im Internet bereitgestellt werden. Wer zwischenzeitlich Gelegenheit hatte, mal ins Internet zu schauen, wird festgestellt haben, dass

- die Stellungnahmen der kreisfreien Städte,
- die Stellungnahmen der Kreise und der kreisangehörigen Kommunen
- sowie Stellungnahmen von weiteren Verfahrensbeteiligten bereits eingestellt wurden, die Übrigen folgen in Kürze.

Die Stellungnahmen wurden inhaltlich ausgewertet. Als Ergebnis dieser Auswertung liegt nun ein 2. Planentwurf vor, der sich derzeit in der Hausabstimmung (bis Ostern) befindet. Im April wird der 2. Planentwurf dann Gegenstand unserer Klausurtagung in Heiligenhaus sein. Zur Vorbereitung auf die Klausurtagung wird Ihnen nach Ostern der dann vorliegende Bearbeitungsstand der textlichen Darstellungen und Begründung im Extranet zur Verfügung gestellt. In beiden Dokumenten werden die Änderungen gegenüber dem 1. Planentwurf sichtbar sein. Zur Klausurtagung werden wir einen Ausdruck der Zeichnerischen Darstellungen, der gestrichelten Darstellungen sowie der neuen Darstellungen mitbringen. Jeder Teilnehmer wird dann einen Ausdruck der textlichen Darstellungen erhalten. Falls nach der Klausurtagung noch weiterer Beratungsbedarf besteht, ist für den 01.06.2016 ein Reservetermin für eine weitere Klausurtagung vorgesehen.

Die Klausurtagung dient der weiteren Abstimmung und Vorbereitung des zweiten Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf, die entsprechende Beschlussfassung ist für die Regionalratssitzung am 23. Juni vorgesehen. Nach einer etwaigen positiven Beschlussfassung des RR wird die Beteiligung der Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit voraussichtlich Anfang August beginnen und 2-3 Monate laufen.

Die Beteiligung bezieht sich auf die Änderungen am Planentwurf gegenüber September 2014. Im Anschluss daran werden wir die Stellungnahmen auswerten und als Synopsen mit den Ausgleichsvorschlägen für die Erörterung mit den Verfahrensbeteiligten in der ersten Jahreshälfte 2017 aufbereiten. Der RPD könnte dann voraussichtlich in der 2. Jahreshälfte 2017 vom Regionalrat aufgestellt und sodann der Staatskanzlei angezeigt werden.

Vielen Dank!

Sprechzettel zum TOP 10 / 63. PA-Sitzung am 10.03.2016

Informationen der Verwaltung

Zeelink

Mit Beginn des Jahres 2016 hat das Erdgasfernleitungsprojekt Zeelink (wir haben darüber berichtet) Fahrt aufgenommen.

Am 18. Februar haben in Korschenbroich und am 29. Februar in Tönisvorst Bürgerinformationsveranstaltungen, sogenannte Dialogmärkte mit dem Betreiber, der Open Grid Europe (OGE) stattgefunden.

Parallel dazu hat der Betreiber den federführenden Bezirksregierungen Köln und Münster die Entwürfe für die Antragsunterlagen in den Raumordnungsverfahren Zeelink 1 und 2 vorgelegt. Diese müssen allerdings noch einmal überarbeitet werden und können voraussichtlich Ende März, Anfang April 2016 fertiggestellt werden.

Die Offenlage in den Raumordnungsverfahren könnte dann von Ende April bis Ende Juni 2016 erfolgen. Die Erörterungstermine könnten nach den Sommerferien durchgeführt und die Raumordnungsverfahren im Oktober 2016 abgeschlossen werden. Der Regionalrat könnte dann im Anschluss über den Abschluss der Raumordnungsverfahren informiert werden.